

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

56 (6.3.1868)

Beilage zu Nr. 56 der Karlsruher Zeitung.

Freitag, 6. März 1868.

Deutschland.

Darmstadt, 3. März. (Fr. J.) Die 13. Generalversammlung der Bank für Süddeutschland ist auf den 24. März fest gestellt worden.

Berlin, 3. März. Wie erinnerlich wurde nicht lange nach der Besitzergreifung Hannovers durch Preußen, unter Mitwirkung des Geh. Regierungsraths Stieber, ein auf Landesverrath lautender Prozeß in Aussicht gestellt, von welchem später jedoch nichts zu Tage trat. Zu den damals Verhafteten gehörte auch ein Bankier in Hannover, Oberkommerzienrath Gesehmel Simon, welcher alsbald gegen Erlegung einer Kaution von 10,000 Thlr., seiner Haft entlassen wurde. Jetzt sind die 10,000 Thlr. dem Hrn. Simon zurückgezahlt worden.

Italien.

Florenz, 28. Febr. Vor einigen Tagen ist der Direktor der Darmstädter Bank in Florenz eingetroffen, um die Ansprache der Aktionäre der Livornese Eisenbahnen zu verteidigen. Bei der Emission dieser Aktien hat die Darmstädter Bank eine große Anzahl derselben genommen, unter der Bedingung, daß die Zinsen in Gold in Frankfurt a. M. bezahlt werden sollen, und daß beim Fall der Gesellschaft die italienische Regierung die Garantie übernehme. Die Gesellschaft stellte ihre Zahlungen im Jahr 1866 ein und die Regierung trat an ihre Stelle; in Folge des Zwangsurses aber bezahlte sie in Bankbilleten. Dagegen protestirt nun die Darmstädter Bank in einem Memorandum, welches von einer Note des preussischen Gesandten, Grafen Usedom, begleitet ist.

Donauessingen, 3. März. Der Abg. Kirchner hat folgende Zuschrift an die Wähler zum deutschen Reichsparlament gerichtet:

Wie Sie wissen, hat die erste Wahl am 18. Febr. zu keinem gültigen Resultat geführt, weshalb am Samstag den 7. März eine zweite Wahl stattfand.

Würde es sich nur um eine Ehrensache für meine Person und nicht um eine höchwichtige vaterländische Frage handeln, bei welcher ich als Vertreter der liberalen und nationalen Richtung von meinen Gesinnungsgenossen aufgestellt wurde, es wäre mir geradezu unmöglich, für meine Ernennung auch nur den kleinsten Schritt zu thun. Ich bin aber auch zugleich durch die maßlosen verläumdenden Angriffe der ultramontanen Partei auf meinen guten Namen in einen Zustand von Nothwehr versetzt, der es mir zur Pflicht macht, demjenigen Theil der Wähler gegenüber, die noch Gründe zugänglich sind, durch Verleumdung nicht ganz blind geworden sind, gegen die schweren Anschuldigungen der Gegner mich zu rechtfertigen.

Daß ich und meine politischen Freunde in zu Tausenden verbreiteten Flugblättern als Angehener bezeichnet sind, die nur Krieg, Blut und Elend und Entchristlichung wollen, wäre einfach lächerlich, wenn diese Lüge nicht von Leuten ausginge, deren hoher Beruf ist, nur die Wahrheit zu verkünden. Daß aber Männer, denen das höchste Gut des Menschen, die Religion, anvertraut ist, sich im Schlamme solcher Verleumdungen wälzen, das ist Ennui, worüber man Thränen vergießen möchte.

Doch ich will dem Unwillen über solche Mißhandlungen keinen weiten Raum gestalten, sondern zur Widerlegung der Anschuldigungen übergehen.

Die ultramontane Partei macht uns zumal zwei schwere Vorwürfe:

- 1) daß wir an der erhöhten Staatsausgabe und der dadurch bedingten Steuererhöhung schuld seien;
- 2) daß wir von unserer Kirche in der verletzenden Weise gesprochen, daß wir ein das christliche Volk beleidigendes Schulgesetz gemacht, und daß wir den Kirchenstreit herbeigeführt und den kirchlichen Frieden fortan verhindern.

Was nun die Staatsausgaben betrifft, so ist es selbstverständlich, daß dieselben, namentlich in der allerneuesten Zeit, erheblich steigen mußten. Jedermann weiß ja, daß überhaupt Alles viel theurer geworden, als es früher war, daß man vor nicht langer Zeit mit einem Gulden beinahe so viel anschaffen konnte, als jetzt mit einem Thaler. Diese Aenderung des Geldwerthes drückte die Staatskasse gerade so wie jede Familie.

In Folge davon mußten die Besoldungen der Staatsdiener erhöht werden, weil sonst die mit Talenten und Kenntnissen ausgerüsteten jungen Männer nicht mehr im Staatsdienst, sondern in dankbareren Berufsweigen ihre Kräfte anwenden würden.

Jeder Gewerksmann, der auch andere Leute in seinem Geschäft braucht, weiß, daß man sie gut bezahlen muß, wenn sie brauchbar sein sollen, und daß in dieser Beziehung zu große Sparsamkeit das eigene Interesse schädigt. Unfähige Staatsdiener wären für das Land ein weit größeres Unglück, als eine etwas höhere Staatsausgabe.

Eine zweite Hauptursache des erhöhten Budgets ist die absolut notwendige Besserstellung der Volksschullehrer, da man sonst in Bälde nicht nur keine guten, sondern fast gar keine Lehrer mehr bekommen hätte.

Allerdings ist auch die Justiz theurer geworden, aber nicht nur bei uns durch die Errichtung von Kreisgerichten, sondern überall, weil man die Gerechtigkeit besser geföhrt glaubt, wenn in allen bedeutenderen Fällen nicht mehr ein einzelner Richter, sondern ein Kollegium von mehreren das Urtheil fällt. Wenn man nur wenige Kreisgerichte gebildet hätte, so wäre die Staatskasse besser dabei weggekommen, aber die Rechtsuchenden hätten mehr Geld und Zeit aufwenden müssen, um zu den Gerichten und den Advokaten zu kommen. Deßwegen wurden vom Volk selbst zahlreiche Kreisgerichte verlangt.

Aber alles Dies würde ohne höhere Steuerlast erreicht worden sein, wenn nicht der Krieg von 1866 gekommen wäre. Man hatte ja im

Gegenheil bereits mehrere nicht unerhebliche Steuererleichterungen eintreten lassen, wie z. B. in der Liegenschaftssteuer, in der Schenkungs- und Erbschaftssteuer; die Kalbfleischsteuer wurde ganz abgeschafft. Ja selbst nach dem Krieg, obgleich er etwa 10 Millionen gekostet, waren wir in der zweiten Kammer der Ansicht, daß der damals von der Regierung geforderte Steuerzuschlag von 6 Kr. per 100 fl. St.-R. noch vermieden werden konnte. Wir verweigerten die Genehmigung, und die Steuererhöhung unterließ.

Wenn dies aber vor 1/2 Jahren noch möglich war, so lagen auf dem letzten Landtag ganz andere Verhältnisse vor. Die Ursache der nun geforderten Steuererhöhung war nicht mehr eine einmalige, rasch vorübergehende. Sie lag in der nothwendig gewordenen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem dadurch um nahezu 2 Millionen gesteigerten Bedürfnis des Heeres.

Man sagt nun, die Stände hätten eben dazu die Genehmigung nicht erteilen sollen. Allein dies können nur Leute sagen, die von dem Gang der Dinge und der kriegsbedingten Lage Deutschlands nichts verstehen, oder die von einem selbständigen freien Vaterland und den aus seiner Machtstellung hervorgehenden Wohlstandsquellen keinen Begriff haben, und denen es schließlich gleichgültig ist, ob wir wieder, wie im Anfang des Jahrhunderts, unter das Joch einer Fremdherrschaft gebeugt werden, wenn nur ihr Privatnuzen und ihre Herrschaft dabei gut wegkommen.

Leider gibt es nur noch Wenige, die jene Zeit selbst erlebt, wo die Deutschen ihr Geld und das Blut ihrer Söhne dem französischen Eroberer für seine despotischen Zwecke in ganz andern Maßstab zur Verfügung stellen mußten, als dies jetzt zum Schutz unseres eigenen Vaterlandes verlangt wird. Aber jeder verständige Mensch, der die Geschichte liest, wird sich von dem Elend und der Schmach der damaligen Zustände überzeugen.

Um die Wiederkehr derselben unmöglich zu machen und dem deutschen Volk eine seiner Bildung entsprechende Stellung in der Welt zu sichern, ist — wenigstens auf eine Reihe von Jahren — die Aufstellung einer Militärmacht nothwendig, die der ungeheuren Armee Frankreichs gewachsen ist. Nur dadurch kann der Friede erhalten und dem auf den Aufschwung Deutschlands eifersüchtigen Frankreich die Lust genommen werden, selbst mit Waffengewalt zu verfahren, daß auch wir alle die Vorteile erringen, welche nur eine große und mächtige Nation durch die Sicherheit ihrer nationalen Existenz und durch den Schutz des Handels und der Industrie ihren Angehörigen zu verschaffen vermag.

Eine solche Macht ist nun von Preußen und dem Norddeutschen Bund gebildet, und wir Süddeutsche haben mit ihm vorläufig Schutz- und Trugbündnisse abgeschlossen.

Schon die redliche Erfüllung dieser Verträge gebietet uns, daß wir zum Schutz unseres Vaterlandes das Gleiche leisten, was unsere norddeutschen Brüder. Wäre es nicht unehrenhaft, wenn wir uns dessen weigerten? Was würde man von einem Manne sagen, der in eine Gemeinde sich aufnehmen lassen wollte, weil er nicht vereinzelt bleiben kann, der aber, obgleich er so wohlhabend ist, wie seine Mitbürger, sich nicht dazu verstehen wollte, auch die gleichen Gemeindefürsorge zu tragen? Man würde über seine Einfalt und Habgier lachen, aber nimmermehr auf eine solche Ungleichheit in der Gemeinde eingehen.

Deßhalb ging die Ansicht in der Kammer mit ganz wenigen Ausnahmen dahin, daß wir das Nämliche leisten müssen, was in Norddeutschland geleistet wird, daß wir aber nebenbei mit sorgfältiger Sparsamkeit jede entbehrliche Ausgabe vermeiden sollen. Von diesem Bestreben geleitet ist es uns durch unausgesetzte Verhandlungen mit der Regierung gelungen, manche Ersparnisse zu erzielen, namentlich aber das erhebliche Kriegsbudget für beide Jahre 1868 und 1869 um 300,000 fl. und das sog. außerordentliche Budget, d. h. die Anforderungen für Kasernenbauten und die ersten Einrichtungen des neu organisierten Heeres, um 1/2 Millionen zu ermäßigen.

Es mag nun auffallen sein, daß trotzdem die Steuererhöhung geblieben ist, wie sie gefordert war. Dies erklärt sich einfach damit, daß 2 Gesehe, das Straßengesetz und das Schulgesetz, von den Ständen in einer Weise abgeändert wurden, wodurch die Staatskasse bedeutend mehr Einnahmen übernahm, welche sonst in gleichem Maß auf die Gemeindefassen gefallen wären. So war schließlich trotz der Minderungen am Militäraufwand das Gesamtbedürfnis wieder das gleiche; somit mußte auch die Steuererhöhung die gleiche bleiben, wenn man nicht das Grundbesitzvermögen des Staates dauernd angreifen und eine schlechte, sich bald schwer strafende Finanzwirtschaft einführen wollte.

Man wirft uns vor, in Württemberg und Bayern sei der Aufwand für das Militär verhältnismäßig geringer. Wenn aber auch diese Länder zur Zeit hinter den ihnen zustehenden vaterländischen Pflichten zurückgeblieben, kann dann die badiische Regierung und die Stände ein gerechtes Tadel treffen, daß sie sich mehr von dem patriotischen Beispiel der 30 Millionen in Norddeutschland, als von der doch nicht haltbaren Engherzigkeit der 6 1/2 Millionen in Bayern und Württemberg bestimmen ließen? Seien Sie überzeugt, diese Ungleichheit der Leistung wird nur kurz bestehen; die Norddeutschen werden sich bedanken, eine größere Militärlast allein zu tragen. Bayern und Württemberg können aber so wenig wie wir ohne Ansehensverlust, wenn sie nicht bei der ersten politischen Katastrophe einer der sie umgebenden Großmächte auf Gnade oder Ungnade sich ergeben wollen.

Jetzt noch können wir Süddeutsche ganz als Gleichberechtigte in den deutschen Bund mit Gehaltung ihnländischer Selbstständigkeit eintreten. Wenn wir es freiwillig thun, dann ist unser Friede, ja der Friede Europa's gesichert. In der Verweigerung des Anschlusses allein liegt die Kriegsgefahr, weil nur, so lange Deutschland gespalten ist, Frankreichs Gesehe nach den Rheinprovinzen und nach der abermaligen Zertrümmerung Deutschlands was erhalten bleiben. Ein einziger Tag des Krieges aber kostet uns mehr, als die Steuererhöhung in vielen Jahren.

Hiermit glaube ich überzeugend dargethan zu haben, daß nicht die Stände und nicht die Regierung, sondern die gefahrvolle Lage Euro-

pa's die Steuererhöhung unabwendbar gemacht hat. Sie wird, so hoffe ich zuberichtlich, wieder anshören können, wenn der deutsche Gestaltungsprozeß beendet, wenn der Süden mit dem Norden im Bundesstaat vereinigt ist.

Um dieses der geistlichen Herrschaft unterworfene Einigungsrecht unmöglich zu machen, scheuten jetzt die Ultramontanen kein noch so verwerfliches Mittel. So haben sie in dem Wahlausruf, um Haß gegen Stände und Regierung hervorzurufen, die Staatsausgaben der beiden Jahre 1858 und 1868 in Zahlen zusammengestellt und z. B. angeführt, daß die „Bezirksjustiz“ vor 10 Jahren 502,000 fl. gekostet und jetzt mit 1,051,000 fl., also doppelt so hoch veranschlagt sei. Sie haben aber offenbar absichtlich verheimlicht, daß die letztere Summe nicht nur für die „Bezirksjustiz“, sondern auch für das „Notariat“ bestimmt sei, während im Jahr 1858 der Aufwand für das letztere unter dem Titel „Rechtspolizei“ mit nicht weniger als 424,432 fl. gesondert verzeichnet wurde. Eine solche kolossale Täuschung, wenige Tage vor der Wahl unter das Volk geschleudert, damit sie nicht mehr vorher widerlegt werden konnte, übersteigt doch alle Grenzen der Redlichkeit. Wenn solche schamlose Entstellungen, die sogar in Zahlen nachzuweisen sind, dem verführten Volk die Augen nicht öffnen, wenn dasselbe aus purem Aergern über die eingetretene Steuererhöhung gegen bessere Einsicht verschlossen bleibt, dann verdient es allerdings in dem von geistlicher Herrschaft ausgenorzten Gern alle Freiheit wieder zu verlieren, womit der edelste deutsche Fürst unter Hintansetzung seiner eigenen Interessen es beglücken und als hervorragend würdigen Volkstamm der großen deutschen Nation einfügen wollte.

Geben wir uns der Hoffnung hin, daß wenigstens bei den zweiten Parlamentswahlen wahre Erkenntnis des eigenen Interesses an die Stelle unsäglichlicher Verblendung treten werde.

Erlauben Sie mir, zum Schluß noch kurz die anderen, mein Verhältniß zu unserer Kirche und Schule betreffenden Verdächtigungen zu widerlegen.

Daß ich je von unserer Kirche in verletzender Weise gesprochen, ist einfach eine freche Lüge. Stets habe ich mich mit der gebührenden Ehrfurcht gethan. Aber man macht dem unwissenden Theil des Volkes so gerne weis, daß die Kirche und die Regierung derselben, die Geistlichkeit ein und dasselbe seien. Die Ultramontanen behaupten ja immer, daß sie die Regierung des Staates aus Liebe zum Staat bekämpfen, weil sie dieselbe für keine gute halten. Auch ich bekämpfe aus Verehrung für die Kirche deren jetzige Regierung, weil ich ihre Richtung für ein religiöses, wie für ein staatliches Unglück halte, weil ich fürchte, daß, wenn die katholische Kirche je ruiniert werden könnte, es durch diese Art, sie zu regieren, geschehen müßte. Was hätte die Geistlichkeit für einen herrlichen Beruf, wenn sie ihre weltliche Herrschaft ablegen, wenn sie sich nicht mehr in das Staatsgebiet drängen, wenn sie in ihrem erhabenen Wirkungskreise bleiben und sich nur der Verkündung des göttlichen Wortes, der Pflege des Seelenheilens, der Hebung der wahren Religiosität widmen wollte!

Man wirft uns ferner vor, ein das christliche Volk beleidigendes Schulgesetz gemacht zu haben. Ist das christliche Volk vielleicht deshalb beleidigt, weil man ihm auch ein Recht an der Leitung seiner eigenen Schule gegeben? Aber eben so wenig ist die Kirche beleidigt. Ist denn nicht im Gesehe Das, was zunächst die Kirche angeht, der Religionsunterricht, ihr ganz übergeben? Ist nicht auch ihren Organen, den Ortsparroten, die Stimme im Ortsparatrat überhaupt eingeräumt? Würden sie nicht die Hauptleitung der Schulen in der Hand behalten haben, wenn sie nicht unbegreiflicher Weise diese Stellung verschmäht hätten? Ist nicht die Regierung weit genug gegangen, daß sie sich bereit erklärte, ihnen überall, wo nicht persönliche Untauglichkeit vorhanden, den Vorschlag im Ortsparatrat zu übertragen?

Ja fürwahr! die Geistlichkeit ist nicht durch die Bestimmungen des Schulgesetzes, aber das christliche Volk ist von der Geistlichkeit beleidigt, weil sie es unter ihrer Würde findet, mit Bürgern in jeder Gemeinde das Wohl der Schule zu beraten und zu pflegen.

Der weitere Vorwurf, daß wir den Kirchenstreit herbeigeführt, hat wegen seiner Keckheit etwas Komisches. Jedes Kind weiß, wie ich schon vor 16 Jahren begonnen und bis zur heutigen Stunde unverfänglich, selbst mit vergifteten Waffen fortführte.

Wir bekämpfen nicht die katholische Kirche, wir bekämpfen nur jene Männer an der Spitze der Kirchengewalt, welche den Frieden im Lande schon deshalb unmöglich machen, weil sie jede Ehe zwischen Katholiken und Protestanten als eines der größten Verbrechen erklären; wir sind ihre Gegner, weil sie die ganze moderne Kultur verdammen, weil sie, um ihre mittelalterliche Herrschaft wieder auf festere Füße zu stellen, dem geistigen Fortschritt der Menschheit eine unübersteigliche Schwranke entgegenstellen wollen und zu diesem Zweck die ausschließliche Leitung der Schule verlangen.

Ich schließe diese mir durch Verläumdungen aufgewungene Verteidigung mit dem Bewußtsein, daß ich während meines 20jährigen landständischen Wirkens meinem Eide getreu stets nur das Wohl des Vaterlandes zum Ziele gehabt, und somit sehe ich der Fortsetzung gehässiger Angriffe gewissenloser Feinde, obgleich sie aus dem Verstand der Anonymität ihre vergifteten Pfeile auf uns absenden und nicht mit ihren Namen dafür einstehen, democh mit voller Ruhe entgegen.

Donauessingen, den 3. März 1868. Kirchner, Landtags-Abgeordneter.

Bremen, 2. März. Das Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Baltimore“, Kapit. W. Böcker, hat gestern die erste Reise nach Baltimore via Southampton angetreten. Dasselbe nahm 139 Passagiere, von denen 12 Personen in der Kajüte und 127 Personen im Zwischendeck befördert wurden, und 160 Tons Ladung an Bord. Die „Baltimore“ passirte gestern 3/4 Uhr Nachmittags den Leuchthurm.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.



Steigerungs-Ankündigung.

Aus der Santmasse des Defonomen Joh. Georg Metzger von Kippenheim werden richterlicher Verfügung zufolge...

31.208. Nr. 509. Bruchsal. (Holzversteigerung.) In den Domänenwäldern diesseitigen Forstbezirks werden nachgenannte Holzsortimente versteigert...

guste, geb. Korwan, eine Klage auf Vermögensabsonderung gegen ihren Ehemann dahier eingereicht...

31.165. Nr. 1054. Mosbach. (Bekanntmachung.) Die Ehefrau des Josef Anton Schühmacker von Mosbach, Katharina, geb. Seber...

31.121. Nr. 971. Waldbühl. (Urtheil.) In Sachen der Barbara, geb. Etel, Ehefrau des Kaspar Hummel in Horheim...

31.126. Nr. 1859/61. Konstanz. (Öffentliche Vorladung.) In Sachen des Martin Sauter in Neuhaus am Randen...

31.471. Wilsberg. (Holzversteigerung.) Im Domänenwald 'Steinig' werden auf Borgfrist bis Martini 1868 versteigert...

31.197. Nr. 728. Bruchsal. (Vorladung.) J. A. E. gegen Ludwig Friedrich Bammertlin von Holzen, z. Z. in Cleveland (Ohio)...

ausgeschlossen erklärt und unter ihrer Verfallung in die Kosten nach dem Klagebegehren...

31.589. Nr. 3078. Sinsheim. (Öffentliche Vorladung.) Es fordert Josef Würzweiler in Hoffenheim...

31.596. Nr. 2901. Stodach. (Gantedikt.) Gegen Adewirch Konrad Kempier und dessen Ehefrau Josefa, geb. Ulmbacher...

31.580. Nr. 1992. Kenzingen. (Gantedikt.) Gegen die Verlassenschaft des Schreiners Baptist Löffler von Endingen...

31.560. Nr. 1613. Bonndorf. (Vorladung.) J. E. des Johann Müller von Blumegg gegen Maria Fischer von da, z. Z. flüchtig...

31.585. Nr. 4039. Mannheim. (Gantedikt.) Gegen Kaufmann Konrad Wante von hier haben wir Sant erkannt...

Die im Ausland wohnenden Gläubiger haben längstens bis zu jener Tagfahrt einen dahier wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einbringungen zu bestellen...

31.605. Nr. 2916. Konstanz. (Ausschluss-Erkenntnis.) In der Sant des Seidenfabrikanten Ferdinand Seber dahier werden alle Gläubiger...

31.133. Nr. 419. Freiburg. (Vorladung.) In Anklagesachen gegen Georg Friedrich Klaus und Wilhelm Hüßlin von Büschlingen...

31.566. Nr. 683. Haslach. (Urtheil.) J. U. E. gegen Barnabas Harter von Fischenbach, Heinrich Heltwänder von Haslach...

31.572. Nr. 2239. Schwetzingen. (Erkenntnis.) J. U. E. gegen Michael Fedel von Friedrichsfeld und Johann Markus Engelhorn von Altsüßheim...

31.572. Nr. 2239. Schwetzingen. (Erkenntnis.) J. U. E. gegen Michael Fedel von Friedrichsfeld und Johann Markus Engelhorn von Altsüßheim...